

Stand: 23.02.2026 03:45:54

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/26965

"Vollständige Rechtsgrundlagen für Deutschlandticket vom Bund einfordern und bayerische Erweiterung vorantreiben"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/26965 vom 15.02.2023
2. Beschluss des Plenums 18/27011 vom 15.02.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 136 vom 15.02.2023



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Jürgen Baumgärtner, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Gudrun Brendel-Fischer, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Jochen Kohler, Barbara Regitz, Hans Ritt, Berthold Rüth, Josef Schmid, Angelika Schorer, Dr. Ludwig Spaenle, Klaus Stöttner, Thorsten Schwab, Peter Tomaschko, Martin Wagle und **Fraktion (CSU)**

Vollständige Rechtsgrundlagen für Deutschlandticket vom Bund einfordern und bayerische Erweiterung vorantreiben

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin nachdrücklich gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, dass dieser die notwendigen Grundlagen für die Einführung des Deutschlandtickets, insbesondere auch die beihilferechtliche Klärung mit der EU-Kommission, schnellstmöglich herbeiführt, um für die anderen Beteiligten am ÖPNV Planungssicherheit zu schaffen.

Der Landtag begrüßt die Bemühungen der Staatsregierung auf bayerischer Ebene ein gegenüber dem regulären Deutschlandticket vergünstigtes Angebot für besonders unterstützungswürdige Personengruppen zu schaffen. Notwendige Voraussetzung hierfür ist jedoch das Vorhandensein einer verbindlichen Rechtsgrundlage seitens des Bundes für das Deutschlandticket, auf dem das vergünstigte bayerische Angebot basieren kann.

Der Landtag bittet die Staatsregierung im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr zu den Ergebnissen der interministeriellen Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Staatsministerien für Wohnen, Bau und Verkehr, für Unterricht und Kultus, für Wissenschaft und Kunst, für Familie, Arbeit und Soziales, des Innern, für Sport und Integration sowie der Finanzen und für Heimat zur Vereinbarkeit von Deutschlandticket, der vergünstigten Variante dieses Tickets, die durch die Staatsregierung angekündigt wurde, dem 365-Euro-Ticket und der Schülerbeförderung zu berichten.

Begründung:

Für die Umsetzung des Deutschlandtickets sind noch Grundlagen durch die Bundesregierung zu schaffen. Dies umfasst insbesondere auch eine beihilferechtliche Abstimmung mit der EU-Kommission, welche ggf. Auflagen der EU für die Umsetzung des Deutschlandtickets zur Folge haben kann. Um Planungssicherheit für alle Beteiligten am ÖPNV zu schaffen, ist hier eine schnellstmögliche Klärung durch den zuständigen Bund notwendig. Diese ist auch elementare Voraussetzung um auf bayerischer Ebene

die Konzeption eines gegenüber dem Deutschlandticket vergünstigten Tickets abschließen zu können.

In der Sitzung des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr vom 31.01.2023 hat das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr berichtet, dass eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Beteiligung des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr, des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst, des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales, des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration und des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat zur Vereinbarkeit von Deutschlandticket, der vergünstigten Variante dieses Tickets, die durch die Staatsregierung angekündigt wurde, dem 365-Euro-Ticket und der Schülerbeförderung eingerichtet wurde. Über die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe soll dem Ausschuss zeitnah berichtet werden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Jürgen Baumgärtner, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Gudrun Brendel-Fischer, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Jochen Kohler, Barbara Regitz, Hans Ritt, Berthold Rüth, Josef Schmid, Angelika Schorer, Dr. Ludwig Spaenle, Klaus Stöttner, Thorsten Schwab, Peter Tomaschko, Martin Wagle und **Fraktion (CSU)**

Drs. 18/26965

Vollständige Rechtsgrundlagen für Deutschlandticket vom Bund einfordern und bayerische Erweiterung vorantreiben

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin nachdrücklich gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, dass dieser die notwendigen Grundlagen für die Einführung des Deutschlandtickets, insbesondere auch die beihilferechtliche Klärung mit der EU-Kommission, schnellstmöglich herbeiführt, um für die anderen Beteiligten am ÖPNV Planungssicherheit zu schaffen.

Der Landtag begrüßt die Bemühungen der Staatsregierung auf bayerischer Ebene ein gegenüber dem regulären Deutschlandticket vergünstigtes Angebot für besonders unterstützungswürdige Personengruppen zu schaffen. Notwendige Voraussetzung hierfür ist jedoch das Vorhandensein einer verbindlichen Rechtsgrundlage seitens des Bundes für das Deutschlandticket, auf dem das vergünstigte bayerische Angebot basieren kann.

Der Landtag bittet die Staatsregierung im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr zu den Ergebnissen der interministeriellen Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Staatsministerien für Wohnen, Bau und Verkehr, für Unterricht und Kultus, für Wissenschaft und Kunst, für Familie, Arbeit und Soziales, des Innern, für Sport und Integration sowie der Finanzen und für Heimat zur Vereinbarkeit von Deutschlandticket, der vergünstigten Variante dieses Tickets, die durch die Staatsregierung angekündigt wurde, dem 365-Euro-Ticket und der Schülerbeförderung zu berichten.

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Manfred Eibl

Abg. Thomas Gehring

Abg. Uli Henkel

Abg. Klaus Adelt

Abg. Klaus Stöttner

Abg. Andreas Winhart

Staatsminister Christian Bernreiter

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung nun noch auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)

**Rabattiertes Deutschlandticket auch für Bayerns Schülerinnen und Schüler -
Nein zum 365-Euro-Jahresticket (Drs. 18/26945)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)

Vollständige Rechtsgrundlagen für Deutschlandticket vom Bund einfordern und bayerische Erweiterung vorantreiben (Drs. 18/26965)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Alexander Muthmann für die FDP-Fraktion das Wort.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Minister Piazzolo hatte gerade seine Ausführungen mit dem Hinweis und der Perspektive beendet, er wolle den Schülern etwas Gutes tun. Wir wollen mit unserem Dringlichkeitsantrag selbiges erreichen; aber in einem anderen Themenbereich. Das Deutschlandticket, das zum 1. Mai dieses Jahres kommen soll und kommen wird, bietet nämlich, wie wir finden, relativ einfach die Chance, allen Schülerinnen und Schülern unter Berücksichtigung der in Bayern bestehenden Schülerbeförderungspflicht eine deutschlandweite Mobilität zu ermöglichen. Wie wir finden, drängt sich das derart auf, dass man sagen muss: Wir müssen diese Chance nutzen. Alles andere wäre unseren Schülerinnen und Schülern in Bayern auch nicht verständlich zu machen.

(Beifall bei der FDP)

Ich will dabei einmal die konkrete Situation in einem Gäu erläutern, in dem ich mich am besten auskenne: in den Landkreisen Freyung-Grafenau und Regen. Dort werden in die weiterführenden Schulen – die Zahlen sind identisch – jeweils etwa 2.200 Schülerinnen und Schüler transportiert, um auf diese Art und Weise der Schülerbeförderungspflicht gerecht zu werden. Da gibt es Monatskarten, die für die Strecke vom jeweiligen Wohnort zur Schule ausgestellt sind und sonstige Bewegungsmöglichkeiten nicht eröffnen. Diese Monatskarten kosten die Landratsämter jetzt in 90 von 100 Fällen 49 Euro oder mehr. Zum Teil sind es auch Monatskarten, die deutlich über 100 Euro kosten.

Da drängt es sich geradezu auf, jetzt dann, auch im Zuge der Erfüllung der Schülerbeförderungspflichten, umzuswitchen und nicht mehr diese Monatskarten mit diesen beschränkten Beförderungsmöglichkeiten zu kaufen und den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung zu stellen, sondern stattdessen das Deutschlandticket. Damit kann man den Schülerinnen und Schülern nicht nur den Weg vom Wohnort zur Schule, sondern darüber hinaus in der Freizeit und in den Ferien deutschlandweite Mobilität ermöglichen. Das ist doch einfach ein Quantensprung im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs, den wir auch in Bayern annehmen wollen, nutzen wollen und nutzen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Dann gibt es natürlich auch noch die Schülerinnen und Schüler, deren Monatskarte weniger als diese 49 Euro kostet. Dann gibt es bekanntermaßen auch noch Schülerinnen und Schüler – es sind nicht viele, aber immerhin –, die direkt neben der Schule wohnen und zur Schule gehen können. Natürlich wollen wir auch da eine Lösung finden. Diese Lösung haben wir Ihnen hier auch vorgeschlagen und vorgetragen.

Uns kommt da auch die Idee des Ministerpräsidenten sehr zu Hilfe, indem er angekündigt hat, den Studierenden, den Auszubildenden und auch den Freiwilligendienstleistenden ein solches Deutschlandticket für 29 Euro zur Verfügung zu stellen. Wenn man

diese Idee nimmt und fragt, warum jetzt die Schülerinnen und Schüler, die keinen Schülerbeförderungsanspruch haben, nicht auch in den Genuss dieser Idee kommen, dann gibt es wenig plausible Antworten, außer zu sagen: Man muss den Kreis der Berechtigten um die Schülerinnen und Schüler ergänzen. Dann haben wir, wie ich finde, ein durchaus sehr schönes System.

Ich will jetzt aber noch ein paar Takte zu Ihrem Nachzieher sagen, der, wie ich meine, doch eher hilflos und ratlos ist, wenn er zum Ersten nur die Forderung zum Inhalt hat, jetzt soll die Bundesregierung doch bitte schön mal die beihilferechtlichen Fragen bei der EU klären. Wir alle wissen – Sie wissen das auch –, das ist erfolgt. Diese Fragen liegen in Brüssel. Wir warten auf die Antworten. Zum Zweiten sagen Sie, wir warten auch noch auf das Ergebnis einer Arbeitsgruppe, die momentan überlegt und tagt; wenn uns das dann bekannt gegeben wird, wissen wir auch, was wir wollen sollen.

Das ist aber nicht unsere Idee. Wir werden und müssen auch so selbstbewusst sein, hier als Parlament aufzutreten und zu sagen, was wir wollen: Das 365-Euro-Ticket hat ausgedient. Das passt auch nicht ins System. Im Übrigen gilt es auch nur in ein paar großen Städten und nicht auf dem flachen Land draußen.

Das alles spricht dafür, unserem Antrag die Unterstützung zu geben und den Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU, der doch inhaltlich keine Substanz hat, abzulehnen. So werden wir es anschließend bei den Beratungen und bei der Beschlussfassung auch machen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Muthmann. – Für die FREIEN WÄHLER hat Herr Kollege Manfred Eibl das Wort.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Muthmann, Substanz bedeutet inhaltliche Grundlagen. – Ihre Forderungen, im Rahmen des Deutschlandtickets allen Schülerin-

nen und Schülern ein 29-Euro-Ticket zu gewähren, gehen zum aktuellen Zeitpunkt vollumfänglich ins Leere.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich stelle hier nur fest: Der Antrag soll dem dienen, dass Sie darauf hinwirken, dass die Umsetzungsprobleme, die aktuell noch in Berlin vorherrschen, irgendwie überspielt werden. Besteht nicht die Notwendigkeit, dass zuerst die notwendigen Rechtsgrundlagen für die Einführung eines Deutschlandtickets – insbesondere beihilferechtliche Klärung mit der EU-Kommission – schnellstmöglich auf dem Tisch liegen, damit man darauf aufbauen kann? Denn alle Beteiligten im ÖPNV brauchen eines: Planungssicherheit, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ist es nicht – und sogar zwingend – notwendig, dass die Übertragbarkeit und Mitnahmemöglichkeit beim 49-Euro-Ticket geklärt bzw. gewährleistet wird, damit sich die Länder mit einem weiteren Maßnahmenpaket zum Beispiel für ein 29-Euro-Ticket inhaltlich auseinandersetzen können und darauf aufsetzen können? – Jedoch, zum jetzigen Zeitpunkt weigert sich das Bundesverkehrsministerium dahin gehend noch.

Auch der VCD fordert von der Bundesregierung für das geplante Deutschlandticket einen einheitlichen Jugend- und Sozialtarif und verweist zudem darauf, dass der erwartete Tarifwirrwarr, der bundesweit entstehen wird, zu einer exorbitanten Unsicherheit und zu Unmut in der Bevölkerung führen wird.

Berlin und Hessen haben zum Beispiel ein Sozialticket verabschiedet – zu unterschiedlichen Preisen und nur lokal gültig. Kann dies unsere Ausrichtung in Bayern sein?

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Ist es denn vermittelbar, wenn eine bayerische Schülerin mit dem bayerischen Jungendticket aus Aschaffenburg ins hessische Hanau fahren kann, der Schüler mit einem teureren Schülerticket Hessen aber nicht von Hanau nach Aschaffenburg kommt? – Verehrte Kolleginnen und Kollegen der FDP, dahin gehend darf der Bund und insbesondere Ihr Minister die Hoffnungen auf eine Vereinfachung für alle nicht verspielen.

Wir fordern, dass die Länder – und damit die Fahrgäste – nicht vor das Dilemma gestellt werden, zwischen dem Deutschlandticket und alternativen Ergänzungen wählen zu müssen, die dann aber nur für lokale Tickets gelten und zur Verfügung stehen. Unsere Forderung ist: Verbünde und Verkehrsunternehmen sollten das Deutschlandticket mit lokal geltenden Ergänzungen anbieten können, die auch bei bisherigen bzw. geplanten Abos gelten. Der Wunsch bzw. die Hoffnung auf eine große Vereinfachung darf nämlich nicht verspielt werden.

Der Anspruch der FREIEN WÄHLER lautet des Weiteren: Bei einem vergünstigten Ticket sollen alle Schülerinnen und Schüler berücksichtigt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir benötigen dazu aber die entsprechenden Voraussetzungen. Unser Nachzieher fordert die Grundlagen für die Einführung eines Deutschlandtickets; nur auf diesen Grundlagen können wir aufbauen. Der Nachzieher fordert auch einen Bericht an den Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr über die Ergebnisse der interministeriellen Arbeitsgruppe, die hinsichtlich der Vereinbarkeit des Deutschlandtickets mit den geplanten Maßnahmen seitens der Staatsregierung gefordert ist. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es folgt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Alexander Muthmann von der FDP-Fraktion.

Alexander Muthmann (FDP): Lieber Kollege Eibl, ich will nur eine ganz einfache Frage stellen, noch einmal anschließend an die Zahlen, die ich vorhin genannt hatte. Wenn 90 % der Schülerinnen und Schüler, die in weiterführende Schulen transportiert werden, einen entsprechenden Beförderungsanspruch haben, der Freistaat respektive seine Behörden ihn erfüllen und der Aufwand für eine Monatskarte höher als 49 Euro ist, dann stellt sich die Frage: Liegt es nach Ihrer Einschätzung nicht auch zwingend nahe, diesen Beförderungsanspruch durch die Aushändigung eines solchen Deutschlandtickets zu erfüllen und damit nicht nur den Transport zu organisieren, sondern unseren Schülerinnen und Schülern deutschlandweit die Mobilität zu ermöglichen?

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, wir brauchen dazu die Grundlagen, damit Synergieeffekte auch mit bayerischen Abos und auch mit Sondertickets genutzt werden können. Wir reden mittlerweile auch vom 29-Euro-Ticket. Wir wollen hierzu erst die Grundlagen haben

(Matthias Fischbach (FDP): Sie bieten es für Studenten und Azubis an, nicht aber für Schüler!)

und darauf aufsetzen; eine interministerielle Arbeitsgruppe befasst sich aktiv mit den Themen. Die sind abzuarbeiten und dann dementsprechend zur richtigen Zeit zu platzieren. Darauf können Sie vertrauen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Tim Pargent

(GRÜNE): Da hat der Ministerpräsident mal wieder richtig einen rausgehauen!)

– Bitte?

(Tim Pargent (GRÜNE): Da hat der Ministerpräsident mal wieder richtig einen rausgehauen!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Eibl. – Der Kollege Thomas Gehring hat für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir begrüßen diesen Antrag der FDP-Fraktion; er geht in die gleiche Richtung wie unser Gesetzentwurf zur Schulwegkostenfreiheit, den wir ja derzeit beraten. Es muss sich etwas verändern. Im Interesse des Klimaschutzes muss der ÖPNV gestärkt werden; auch das tarifliche Umfeld verändert sich gerade. Deswegen ist es wichtig, das zu thematisieren, und ich halte es für sehr begrüßenswert, dass die FDP einfach eine Lücke in der Ankündigung des Ministerpräsidenten aufgreift: An die Schülerinnen und Schüler ist bei diesem famosen 29-Euro-Ticket eben nicht gedacht worden.

Da hilft es vielen Schülerinnen und Schülern auch nicht, wenn das 365-Euro-Ticket bleiben soll. Das 365-Euro-Ticket gilt in München und im Großraum Nürnberg, aber die gesamten Schülerinnen und Schüler im ländlichen Raum stehen halt nicht im Fokus der CSU- und FREIE-WÄHLER-Regierung und auch nicht im Fokus des Ministerpräsidenten.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Stephan Oetzing (CSU))

Deswegen ist dieser Antrag gut. Wir werden ihn unterstützen. Es geht tatsächlich darum, hier jetzt tariflich neue Voraussetzungen zu schaffen, damit junge Leute mit dem ÖPNV fahren können.

Ich weiß, es gibt dann die Diskussion, was das beste Ticket nütze, wenn das Angebot nicht da sei, aber ich muss sagen: Diese Henne-oder-Ei-Diskussion bin ich ziemlich leid. Da passiert nämlich gar nichts. Wir müssen beides tun: Wir müssen die Angebote ausbauen, die Tarife vereinheitlichen und endlich die entsprechenden Tickets bereitstellen. – Herr Kollege Eibl, es wäre toll, wir hätten wie Hessen ein landesweites Tarifsystem. Es wäre schon wahnsinnig lokal, wenn wir das hinkriegen würden. Wir sind momentan so lokal, dass wir nicht einmal innerhalb eines Landkreises ein gemeinsames Tarifsystem hinkriegen. Es wäre ein erster toller Schritt, ein bisschen lokal und größer für Bayern zu denken; es wäre toll, wenn wir das schaffen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch ein Satz zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion: Es ist schon interessant: Der Ministerpräsident hat bei der Klausur einen tollen Presseauftritt und sagt, es komme ein 29-Euro-Ticket für alle Studierenden und andere in Bayern. Jetzt liest man diesen Dringlichkeitsantrag und stellt fest, dass es zuerst eine beihilferechtliche Klärung auf EU-Ebene brauche. Die EU sei am Zug; da müsse etwas getan werden. Da gebe es jetzt Bemühungen der Staatsregierung, es werde um eine verbindliche Rechtsgrundlage gerungen, und es gebe eine Arbeitsgruppe aus einer ganzen Reihe von Ministerien. – Da ist also offensichtlich vieles noch nicht geklärt gewesen, bevor der Ministerpräsident Markus Söder wieder einmal richtig einen rausgehauen und eine tolle Ankündigung gemacht hat. Ich verstehe schon, dass eine Pressekonferenz mit den Begriffen Arbeitsgruppe, Klärung, Bemühungen, verbindliche Rechtsgrundlagen nicht gut gelaufen wäre; das ist nicht der Stil von Markus Söder. Da geht es natürlich darum, schnell einmal etwas rauszuhauen.

(Florian von Brunn (SPD): Wo ist er denn?)

Im Nachhinein sieht man, wie schwer es ist, das Herausgehauene irgendwie zu hinterlegen. Ich wünsche der Arbeitsgruppe zwischen den verschiedenen Ministerien viel Erfolg. Ich wünsche uns vor allem viel Erfolg und dass es uns für die Schülerinnen und Schüler gelingt, eine Finanzierung des ÖPNV hinzukriegen, die sozial gerecht ist, Bildungsgerechtigkeit fördert und umsetzbar ist. – Deswegen werden wir diesen Antrag der FDP unterstützen; beim Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER werden wir uns enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Gehring. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Henkel für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Uli Henkel (AfD): Herr Präsident, geschätzte Kollegen! Schauen wir uns doch zunächst einmal die Ausgangssituation an, um dann festzustellen, ob hier eine schreiende und deshalb mit dem FDP-Antrag auch auszumerzende Ungerechtigkeit vorliegt.

Für Schüler und Azubis in Bayern gibt es in immer mehr Verkehrsverbünden das sogenannte 365-Euro-Ticket, mit dem die Jugend unbegrenzt in den Sportverein, zu Freunden, in die Disco oder ins Kino fahren kann; mein Sohn findet das super. Wie hoch hier genau subventioniert wird, weiß ich nicht genau; der Freistaat erstattet bekanntlich den Verkehrsverbünden zwei Drittel der Mindereinnahmen. In Baden-Württemberg sind es circa 100 Millionen Euro pro Jahr; das weiß ich vom dortigen Verkehrsminister von den GRÜNEN.

Im Bund soll es ab dem 1. Mai nun ein bundesweit nutzbares 49-Euro-Wissing-Ticket als Nachfolger des 9-Euro-Tickets geben; kostendeckend dürfte aber auch dieses 49-Euro-Ticket wohl nicht sein. Im November 2022 hat die SPD in zwei Anträgen im Bauausschuss ein 29-Euro-Kohnen-Ticket für Auszubildende und Studierende gefordert, wobei dieses zwar in ganz Bayern gültig sein soll, aber eben nicht bundesweit.

Die Staatsregierung beabsichtigt nun im Wettbewerb um das coolste Ticket noch eines draufzulegen und hat ein 29-Euro-Söder-Ticket angekündigt, allerdings wohl doch nur für Auszubildende und Studenten und nicht – wie ursprünglich angedacht – auch für Schüler. Dieses 29-Euro-Ticket dürfte den Freistaat sehr viel Geld kosten, weil es ja ebenfalls bundesweit gelten soll. Die FDP will da natürlich nicht untätig bleiben und legt heute mit dem 29-Euro-Hagen-Ticket nun auch für Schüler nach, wobei nicht nur das 365-Euro-Ticket dabei um 17 Euro unterboten, sondern das Gültigkeitsgebiet auch auf die ganze Bundesrepublik ausgedehnt werden soll. Billig wird es also auch hier auf keinen Fall.

Ich habe mir natürlich sofort überlegt, ob die AfD heute nicht auch mit einem 29-Euro-Henkel-Ticket zum Beispiel für Krankenschwestern, Kindergärtner, Ukrainer, Pfleger, Rentner und andere nachziehen sollte, damit auch diese einmal zur Sansibar nach

Sylt fahren können. Ich lasse es nach gründlicher Überlegung nun aber lieber doch sein.

Nun zum Hagen-Ticket: – Nein, Herr Hagen, es hat nichts mit Gerechtigkeit zu tun, sondern mit dem Bedarf, und mit Verlaub: Wozu sollte bitte ein bayerischer Schüler in ganz Deutschland herumfahren und nicht nur in Bayern, geht er doch hier in Bayern zur Schule und kann im Sommer mit einem Interrail-Ticket sogar ganz Europa bereisen. Als AfD werden wir den Antrag der FDP also ablehnen, da wir meinen, dass es der absolut falsche Weg ist, hier in einen Überbietungswettbewerb zu starten, wer das tollste Ticket hat, weil ja all diese Tickets hohe Subventionen erforderlich machen.

Unbedingt erforderlich ist aus unserer Sicht der nachhaltige Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, gerade auch auf dem Land. Vor allem da sollte das ganze Geld deshalb auch hingehen und nicht in die Subventionierung von Tickets. Beim Nachzieher der CSU und der FREIEN WÄHLER enthalten wir uns heute. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Klaus Adelt das Wort.

Klaus Adelt (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ministerpräsident Söder hatte offensichtlich im Kloster Banz eine Eingebung, als er das 29-Euro-Ticket für Azubis, Studierende und andere propagiert hat. Dass er dabei die Schülerinnen und Schüler vergessen hat – so etwas kommt bei so einer Eingebung halt manchmal vor.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Das 365-Euro-Ticket gilt nicht deutschlandweit. – Zurück zum 29-Euro-Ticket: Es ist halt nur für 60 % der Azubis, Studierenden und anderen, die in einem Verbundraum wohnen. Wir im Landkreis Hof sind drauf und dran, in den Verbund mit Nürnberg zu kommen. Unsere Schülerinnen und Schüler hätten hier keine Chance. Deshalb halten

wir den Dringlichkeitsantrag der FDP für sehr gut, wenngleich unser Ziel nach wie vor die vollständige Schulwegkostenfreiheit ist.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Das 29-Euro-Ticket wäre aber auch mit niedrigeren Kosten verbunden, und es würde für alle Schüler gelten. Die Idee des 365-Euro-Tickets stammt noch aus den Zeiten der "Gründerväter", als wir mit dem neuen Ticket noch gar nicht so weit waren. Deshalb werden wir dem Dringlichkeitsantrag der FDP mit der Korrektur zustimmen.

Zum nachgeschossenen Dringlichkeitsantrag der CSU und der FREIEN WÄHLER: Unsere Einschätzung ist, dass die Ausführung und Ausarbeitung verbindlicher Rechtsgrundlagen sowie die beihilferechtliche Klärung und die zur Umsetzung notwendigen Unterlagen längst auf dem Weg sind. Das erübrigt sich somit. Wenn das 29-Euro-Ticket sowieso sinnvoller wäre, wie es die FDP beantragt, braucht man auch den Bericht nicht mehr. Deshalb werden wir diesen Dringlichkeitsantrag – den hätte es einfach nicht gebraucht – ablehnen, dem der FDP stimmen wir zu. Herzlichen Dank. Da tun wir gar nicht lang rum.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Adelt. – Nächster Redner ist Herr Kollege Klaus Stöttner für die CSU-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege Stöttner.

Klaus Stöttner (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Es ist wirklich spannend, dass wir heute einen solchen Antrag des früheren Landrats und heutigen Abgeordneten bekommen. Ich sitze selber im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr. Wir hatten in der Sitzung am 31.01.2023 genau den gleichen Antrag in der gleichen Wortfassung besprochen und diskutiert und festgestellt, dass die interministerielle Arbeitsgruppe noch unheimlich viel klären muss. Wie ist der Verbund möglich? Das ist ein berechtigtes Anliegen. Ich möchte nicht von

der Hand weisen, dass es bei den elften und zwölften Klassen eine Lücke gibt, wenn die nicht im Verkehrsverbund sind und die anderen als Auszubildende das 29-Euro-Ticket nutzen können.

Genau deswegen, weil Klärungsbedarf ist, haben wir im Ausschuss einstimmig Vertagung des Antrags beschlossen unter der Führung unseres Ausschussvorsitzenden Sebastian Körber von der FDP, der gesagt hat: Es ist wichtig. Die interministerielle Arbeitsgruppe muss tagen, sich besprechen und wieder berichten. – Ich würde dringend bitten, dass du, Alexander Muthmann, mit deinem Kollegen Sebastian Körber – du sitzt neben ihm – mal redest. Er hat zugestimmt, dass wir das vertagen. Und plötzlich kommt überraschend dieser Dringlichkeitsantrag der FDP.

(Alexander Muthmann (FDP): Zur Sache!)

In einem ganz großen Zeitungsbericht in deiner Heimatzeitung steht, du forderst das. Deswegen würde ich um mehr Sachlichkeit bitten. Ich schätze die FDP sehr

(Widerspruch bei der CSU – Tobias Reiß (CSU): Nicht übertreiben!)

und bin dort mit vielen befreundet. In der Sachpolitik muss man ein bisschen aufpassen, dass man einvernehmlich Tarife und das Beihilferecht klärt, bevor man solche Anträge als Schaufensteranträge stellt.

Lieber Alexander, ich habe dir zu deinem 60. Geburtstag im Haushaltsausschuss ein schönes Kissen geschenkt, auf dem draufgestanden ist: In der Ruhe liegt die Kraft. – Darum würde ich dich bitten: Warte diese interministerielle Arbeitsgruppe ab. Die hat heute bereits zum zweiten Mal getagt und wird demnächst wieder tagen und uns bis zum 28. Februar berichten, in knapp 14 Tagen. Dann werden wir sehen.

Wir sind auch bestrebt, da Lösungen zu finden. Deswegen haben wir einen Prüfantrag gestellt, in dem wir die Kollegen der FDP, der SPD und der GRÜNEN bitten, im Bund ihre Hausaufgaben zu machen, damit wir die Finanzierung auch über 2023 und 2024

hinaus sicherstellen. Der Kollege Eibl hat das Klasse gefordert: Wir brauchen Planungssicherheit für unsere Verbundunternehmen.

Heute ist ein guter Tag. Rosenheim hat im Kreistag den MVV-Beitritt beschlossen. Somit sind wir dabei.

Noch zu einem Thema, dass die GRÜNEN erwähnt haben und das ich sehr berechtigt finde. Das ist die "letzte Meile", die wichtig für die Zubringer ist. Das schließt die On-Demand-Lösungen ein, quasi den "Uber" für den ländlichen Raum. Ich habe das bei mir am Chiemsee mit dem Rosi-Mobil auf den Weg gebracht. Das ist eine Erfolgsstory. Ich bitte euch, das Thema stärker zu spielen.

Der Verkehrsminister hat es geschafft, 65 % Förderung abgestuft langfristig zu sichern. Das sind gute Konzepte. Die CSU und auch die Kollegen der FREIEN WÄHLER machen da einen tollen Job, um die ländlichen Räume zu bedienen. Deswegen herzlichen Dank an die Staatsregierung. Den Dringlichkeitsantrag der FDP bitte ich abzulehnen. Ich bitte, unserem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen. – Herzlichen Dank, meine Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordnetem Winhart, AfD-Fraktion.

Andreas Winhart (AfD): Klaus, ich habe dich heute bei dieser historischen Entscheidung im Kreistag leider vermisst. Rosenheim will jetzt dann dem MVV beitreten. Wir hatten heute die große Diskussion, wie es sich in diesen Verkehrsverbünden mit den Deutschlandtickets etc. verhält. Da haben deine Leute von der CSU immer argumentiert, dass hier heute logischerweise große Einsparpotenziale sind. Jetzt haben wir vom Kollegen Henkel gehört, dass wir massiv draufzahlen. Wie kannst du das als Verkehrspolitiker hier im Bayerischen Landtag eigentlich unterstützen angesichts dessen, dass das Ganze vom Freistaat Bayern massiv subventioniert wird und die Entschei-

dung wahrscheinlich sonst anders ausgefallen wäre? Es ist unser Steuergeld des Freistaats, das hier verwendet wird, auch für das Deutschlandticket oder für diese Ticketverbünde, und wir zahlen massiv drauf.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Winhart.

Andreas Winhart (AfD): Aber im Endeffekt ist das eine Linke-Tasche-, Rechte-Tasche-Rechnung.

Klaus Stöttner (CSU): Vielen Dank, Herr Kollege. – Hintergrund ist: Ich war heute selbst nicht in der Sitzung, weil ich mit der Staatsministerin an der Hochschule war, wo es wichtig ist, die dortigen Themen voranzutreiben.

Wir haben das in Rosenheim im Vorfeld diskutiert. Der Bund und das Land übernehmen diese Kosten. Deshalb belastet das unseren Kreishaushalt nicht. Deswegen ist es durchaus unterstützenswert. Für die restlichen Leute, die nicht das 29- oder 49-Euro-Ticket nutzen können, ist es ein ganz guter Ansatz, trotzdem die Vergünstigungen des MVV nutzen und lückenlos vom Chiemsee bis nach Nürnberg fahren zu können.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Stöttner. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Christian Bernreiter das Wort.

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten! Gerne sage ich ein paar Takte zum Dringlichkeitsantrag der FDP: Krampfhaftes Themensuchen! Ich hätte einen Vorschlag: BayernHeim haben wir schon lange nicht mehr gehabt und hätten wir heute wieder mal aufrufen können.

Erst vor drei Wochen haben FDP und SPD beantragt, dass wir ein bayerisches Ermäßigungs- oder BayernHeim-Ticket zum Sommersemester, also sofort, einführen, also noch vor dem

Deutschlandticket, das die Ampel-Regierung versprochen hat. – Der Vorschlag war illusorisch und hat gezeigt, dass wenig Sachverstand da ist, was für ein riesiger Aufwand für die Einführung des Deutschlandtickets notwendig ist und was da dahintersteckt. Wie auch? Sie beschäftigen sich ja überwiegend mit Ankündigungen. Sie haben keinen Durchblick, was die kommunalen Spitzenverbände, die Kommunen, die Verkehrsunternehmen und die Verbünde seit Wochen leisten. Die Vertriebssysteme werden in kürzester Zeit aus dem Boden gestampft. Alle leisten da hervorragende Arbeit.

Jetzt kommt wieder ein Antrag dazu. Ich frage mich, warum man diese Idee nicht gleich in den Antrag aufgenommen hat. Man hat jetzt halt ein neues Thema gesucht.

Ich möchte es noch mal sagen: Erst gestern war eine Besprechung mit dem Bund zum Thema Beihilferecht. Das Ergebnis war, dass es immer noch keine Einigung mit der EU-Kommission gibt. Auch der Entwurf des Regionalisierungsgesetzes ist weder im Bundestag noch im Bundesrat beschlossen. Die dauerhafte Umsetzung des Deutschlandtickets steht auch in den Sternen.

Herr Kollege Körber, Sie haben das heute Mittag zu einem anderen Thema gesagt, das aber mitangeführt. Ich erzähle hier keine Fake News. Ihr Bundesverkehrsminister wollte partout überhaupt keine Zwischenlösung haben. Sie sind Oberfranke. Sie müssen mir mal erklären, wie der Busunternehmer in Mehlmeisel oder in Lichtenfels eine Chipkarte, die Sie heute angesprochen hatten, herzaubert und dann verkauft. Ich höre bei den Busunternehmen von vielen großen Sorgen, weil die Liquidität von den Busunternehmern entsprechend ferngehalten wird. Das wollte ich noch mal sagen. Das war ein Kraftakt, dass wir überhaupt ein Papierticket mit eingedrucktem Chip hingebracht haben, sodass man das kontrollieren kann. Sie könnten sich bei der Kollegin aus Sachsen-Anhalt, Ihrer Parteikollegin Dr. Hüskens, mal informieren. Sie hat nämlich genauso wie ich dafür gekämpft, dass es eine Zwischenlösung gibt. Der Bund sagt: Aus, Ende, ab 31.12. nur noch digital auf dem Handy. Das ist der Sachstand.

Jetzt mal zur Situation hier bei uns: Die entscheidende Frage ist, was macht der Bund nach 2024? – Bis jetzt gibt es dazu kein Bekenntnis.

(Alexander König (CSU): Die wissen nicht, ob die Koalition so lange hält!)

Das ist eigentlich unser Thema. Der Bund hat sich nicht zur hälftigen Beteiligung nach dem Jahresende bekannt. Die Nachschusspflicht fehlt. Die Länder und Kommunen sollen die Finanzierungsrisiken alleine tragen. Viele Verkehrsverbünde beschließen das Deutschlandticket deshalb erst mal nur bis 2023. Unter den Verkehrsministern intern wird gesagt, wenn die Kosten davonlaufen, muss man am Jahresende halt die Reißleine ziehen. Eine Fortführung ab 2024 gibt es nur bei gesicherter Finanzierung – das muss ich klar sagen –, also nur dann, wenn sich auch der Bund klar zur Nachschusspflicht bekennt. Die Länder haben das getan. Der Bundeskanzler sagt aber, über die Fortführung wird erst 2024 gesprochen.

Meine Damen und Herren, der Bund produziert hier Unsicherheit. Wir in Bayern haben eine Strategie und realistische Lösungen. Das 365-Euro-Ticket gibt es schon; es wird von über 350.000 Kundinnen und Kunden pro Jahr gut angenommen. Das wollen wir den Fahrgästen nicht wegnehmen. Im Gegenteil, wir werden das 365-Euro-Ticket für Schülerinnen und Schüler und Auszubildende ausbauen; denn wir als Freistaat stellen eine bedarfsgerechte Nahmobilität für die Menschen in Bayern sicher. Gerade für Schülerinnen und Schüler deckt das 365-Euro-Ticket die täglichen Fahrten zur Schule oder zum Sport sehr gut ab. Das hat eindeutig Vorrang. Das Ticket gibt es in den Verkehrsräumen rund um die sechs großen Verbünde. Wir haben es gerade gehört, wir sind auf Ausweitung aus. Im VGN sind nahezu alle dabei, beim MVV haben wir jetzt vier Landkreise bzw. kreisfreie Städte, die Stadt Rosenheim, die beitreten. Damit setzen wir das Ziel im Koalitionsvertrag um.

Insgesamt geht es sowieso um ein attraktives Angebot und nicht immer nur um den Tarif. Ein billiges Ticket allein macht noch keinen guten ÖPNV. Am Ende überzeugt ein

modernes verkehrliches Angebot. Das kostet richtig Geld. Wir arbeiten intensiv daran und investieren kräftig.

Jetzt muss ich noch mit den Geschichten aufräumen, der Ministerpräsident habe etwas vergessen. Das Studierendenticket funktioniert einwandfrei. Das ist durchdacht. Das haben wir im Vorfeld geklärt. Für die Schülerinnen und Schüler gibt es die Arbeitsgruppe. – Kollege Muthmann, man merkt, dass deine Landratszeit schon lange vorbei ist. Du hast angesprochen, ein Ticket kostet – was ich bestätigen kann – 100 Euro da und dort, damit der Schüler in die Schule kommt. Dann ist von dir gekommen, es wäre doch günstiger, wenn man ein Ticket für 49 Euro kaufen würde. – Man entzieht damit dem System aber immens viel Geld. Das funktioniert nicht. Von den 100 Euro pro Schüler zahlt der Freistaat Bayern über die Schülerbeförderung zwei Drittel, ein Drittel zahlen die Kommunen. Wenn man das Geld herausnimmt, bricht die Schülerbeförderung im ÖPNV im ländlichen Raum zusammen. Darum muss das Geld im System bleiben. Wenn wir das beschließen, würde das Konnexität auslösen. Wir können das Geld nur einmal ausgeben.

Heute habe ich auch gehört: Super, der Bund hat ein GVFG-Programm aufgelegt, Bayern, mach halt mal was, Elektrifizierung! – Das ist alles nicht unsere Aufgabe. Wir werden hier schon langsam zu einem Wunschverein; das muss ich klipp und klar sagen. Darum muss man die Dinge so anpacken, wie es geht.

Wir werden das alles in Ruhe prüfen – der Auftrag ist da –: Wie können wir das insgesamt entsprechend gestalten? Kann man das 365-Euro-Ticket ausweiten? Wie kann man das machen? Wann kann man es machen? Was kostet es? Wie ist es dann entsprechend umzusetzen?

Und darum, meine Damen und Herren, ist der Dringlichkeitsantrag der FDP abzulehnen. Wir brauchen zuerst einmal Klarheit vom Bund, deshalb auch Zustimmung zum Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER. Das ist die Grundlage für alles Weitere. Ich hoffe, dass wir vom Bund schnellstmöglich Klarheit bekommen und unsere Dinge

weiterentwickeln können. Ansonsten sind wir mit der Umsetzung gut dran. Wir werden das für die Studierenden und für die Auszubildenden wie versprochen zum 1. September bzw. 1. Oktober einführen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Alexander Muthmann, FDP.

Alexander Muthmann (FDP): Zu der Wirtschaftlichkeitsfrage will ich nur so viel anmerken: Ich habe schon immer sehr wirtschaftlich gearbeitet. Wenn für ein Landratsamt die Schülerbeförderungspflicht mit dem Deutschlandticket günstiger zu erfüllen ist als mit einem 100- oder 120-Euro-Monatsticket, um zwischen zwei Punkten hin- und herzufahren, dann muss das Landratsamt aus wirtschaftlichen Gründen das Deutschlandticket nehmen – das bloß als Anmerkung.

Zur Ablehnung unseres Antrags wird gesagt, da seien erst noch EU-beihilferechtliche Fragen zu klären, wir bräuchten Klarheit vom Bund, um 29-Euro-Tickets für Schüler einzuführen. Der Ministerpräsident hat schon am 18. Januar verkündet, dass es ein 29-Euro-Ticket für Studierende, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende geben soll. Braucht es dazu diese Klärung nicht? Oder weiß der Ministerpräsident mehr?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit.

Alexander Muthmann (FDP): Oder spielen solche Fragen nur dann eine Rolle, wenn die Opposition so etwas beantragt?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Muthmann. – Herr Staatsminister.

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Kollege Muthmann, man muss immer genau zuhören. Der Ministerpräsident hat gesagt, es gibt ein Studierendenticket als Add-on zum Deutschlandticket, wenn es denn kommt; das war

immer Voraussetzung. Das steht überall dabei. Das wurde ganz klar gesagt. Das habe ich auch vor drei Wochen zu Ihrem Antrag hier erklärt.

Noch mal zur Wirtschaftlichkeitsberechnung, Sie haben es anscheinend noch immer nicht verstanden: Das ist genau das Thema! Das Landratsamt ist verpflichtet, das günstigste Ticket zu kaufen. Wenn das nun 49 Euro kostet, fehlen 51 Euro auf die 100 Euro dem System im Landkreis vor Ort. Dann bricht der ÖPNV zusammen. Dieses Defizit muss jemand zahlen. Die Schülerbeförderung wird zu zwei Dritteln vom Freistaat, zu einem Drittel von der Kommune als Sachaufwandsträger finanziert. Das Geld kann man nicht aus dem System entnehmen und auch nicht vom Landkreis. Deshalb muss man das insgesamt anschauen. Darum ist das nicht so einfach: "Das ist billiger, macht man schnell ein 49-Euro-Ticket, und alles ist gelöst." – Leider steckt da viel mehr dahinter.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/26945 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU, die AfD sowie die Abgeordneten Bayerbach (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion, Drucksache 18/26965, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, FREIE WÄHLER. Gegenstimmen! – Die SPD-Fraktion sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD-Fraktion, die FDP-Fraktion sowie der Abgeordnete Bayerbach (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/26946 mit 18/26949 werden im Anschluss an die Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.